

**Zusammenfassung der Ergebnisse der  
Open Space-Konferenz  
„Bürgerbeteiligung in Potsdam“  
vom 29. Oktober 2011  
im Bürgerhaus am Schlaatz**

## Inhalt

1. Einleitung .....	3
1.1 Jüngste Entwicklung .....	3
1.2 Open Space-Konferenz .....	3
1.3 Erläuterung der Arbeitsmethode .....	4
2. Zusammenfassung der Protokolle.....	4
2.1. Überblick über alle Themen / Diskussionsrunden .....	4
2.2 Grundsätze .....	7
2.3 Kommunikation .....	10
2.4 Verwaltung .....	12
2.5 Büro für Bürgerbeteiligung.....	15
2.6 Recht auf Stadt .....	17
2.7 Zusätzliche Themen und Fragen.....	18
3. Ausblick.....	19

Herausgegeben von der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung in Potsdam unter Mitarbeit von:  
Frank Baumann, Mary Cornelia Baßler, Ulrike Bleyl, Frank Daenzer, Jan Ebeling, Andreas  
Goebel, Thomas Goede, Wolf Günther, Thomas Hintze, Dieter Jetschmanegg, Kay-Uwe  
Kärsten, Daniela Kirchner, Sascha Krämer, Jacqueline Krüger, Dr. Ursula Löbel, Annett  
Neumann, Anette Paul, Steffen Pfrogner, Stephanie Pigorsch, Dr. Axel Popp, Uwe Rühling,  
Peter Schüler, Dr. Sigrid Sommer, Daniel Wetzel, Martina Wilczynski, Jean-Pierre Winter,  
Robert Wolff, Daniel Zeller, Dr. Dittmar Zengerling

Sie erreichen uns über die E-Mail-Adresse: [mitmachen@buergerbeteiligung-potsdam.de](mailto:mitmachen@buergerbeteiligung-potsdam.de)

Eine PDF-Datei dieser Dokumentation können Sie auch auf [www.potsdam.de](http://www.potsdam.de) abrufen.

Stand: 18.04.2011

## **1. Einleitung**

Die Potsdamer/innen identifizieren sich mit ihrer Stadt und bringen sich aktiv in die Entwicklung der Stadt ein. Bürgerbeteiligung lebt von dem Engagement der Bürger/innen. Ihr gemein ist der Willen, zusammen gute Lösungen für die Einwohner/innen der Stadt zu finden.

Dieses Papier ist ein Vorschlag für die Entwicklung eines Konzepts zur Stärkung der Beteiligung von Potsdamern und Potsdamerinnen. Dabei ist es aus der Sicht vieler Beteiligter unumgänglich, eine gemeinsame Sprache zwischen Bürgerschaft, Stadtpolitik und Stadtverwaltung zu finden. Ausgangspunkt für die nachfolgenden Vorschläge bilden die Protokolle, die während der Veranstaltung am 29. Oktober 2011 im Bürgerhaus am Schlaatz entstanden sind und unter <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10086130/282600/> abgerufen werden können.

### **1.1 Jüngste Entwicklung**

Am 14. September 2011 stellte die Stadtverwaltung einen Vorschlag für mehr Bürgerbeteiligung in Potsdam zur Diskussion. Auf der Veranstaltung wurde vereinbart, dass es zunächst eine offene Diskussion zur Bürgerbeteiligung geben soll. Am 29. Oktober 2011 wurde daraufhin eine Open Space-Konferenz im Bürgerhaus am Schlaatz durchgeführt. Diese wurde von einer Vorbereitungsgruppe aus Bürger/innen, Stadtverwaltung und Stadtpolitik mithilfe von zwei Moderator/innen vorbereitet. Im Nachgang bildete sich eine Arbeitsgruppe "Bürgerbeteiligung in Potsdam", die die Ergebnisse zusammengefasst hat und in diesem Dokument vorlegt.

### **1.2 Open Space-Konferenz**

Die Wahl ist auf ein "open space" gefallen, da dies ein erfolgreiches und erprobtes Format ist, bei dem eine unbekannte Teilnehmerzahl gemeinsam und parallel verschiedene Themen innerhalb einer komplexen Thematik bearbeiten kann. Hierbei kann es kein Thema geben, das vom Organisator nicht gesehen oder übersehen wurde, da die Teilnehmenden die Themen eigenständig vor Ort aufwerfen und selbstorganisiert bearbeiten.

### **1.3 Erläuterung der Arbeitsmethode**

Die Teilnehmenden legen die Arbeitsgruppen eigenständig fest und protokollieren die Ergebnisse. Alle Gruppen haben einzelne Arbeitsinseln und jeweils festgelegte einheitliche Zeitfenster. Jeder kann sich im Laufe des Tages verschiedenen Themen in den einzelnen Arbeitsgruppen widmen. Die Masse der Teilnehmenden bringt die Weisheit des Prozesses. Die Ergebnisse wurden als handschriftliches Protokoll und Foto-Dokumentation erfasst und im Nachgang durch die Arbeitsgruppe "Bürgerbeteiligung in Potsdam" gesichtet.

## **2. Zusammenfassung der Protokolle**

### **2.1. Überblick über alle Themen / Diskussionsrunden**

Die einzelnen Arbeitsgruppen auf der Open Space-Konferenz haben sich mit einer großen Bandbreite an Themen rund um das Thema Bürgerbeteiligung in Potsdam beschäftigt. Die Diskussionsrunden reichten dabei von ganz konkreten Themen (z.B. zum eigenen Stadtteil oder Einzelthemen) bis hin zu übergeordneten Fragestellungen, wie den Grundsätzen von Bürgerbeteiligung oder die Kommunikations-Schwierigkeiten zwischen Bürgerschaft, Stadtverwaltung und Stadtpolitik. Zusammenfassend waren die grundlegenden Themen folgende:

- Was ist Bürgerbeteiligung?
- Welche Formen und Instrumente der Bürgerbeteiligung sind vorstellbar und realisierbar?
- Wie kann der Dialog zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung und Stadtpolitik besser und informativer gestaltet werden?

Hier finden Sie der Vollständigkeit halber eine komplette Auflistung aller Diskussionsrunden der Open Space-Konferenz am 29.10.2011 im Bürgerhaus am Schlaatz, wie sie auch in der vollständigen Dokumentation aller Protokolle erfasst wurden.

AG 01: Will die Verwaltung wirklich Bürgerbeteiligung

AG 02: Recht auf Stadt – Teil 1

AG 03: Bürgerhaushalt 2012

AG 04: Unabhängiges (?) Büro zur Bürgerbeteiligung

AG 05: Beteiligung von Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung

AG 06: Was ist Bürgerbeteiligung

AG 07: Offenheit und Klarheit der Verwaltung

AG 08: Wie können möglichst viele Bürger aktiviert werden

AG 09: Grundsätze der Bürgerbeteiligung und offene Daten

AG 10: Demokratieanders - von unten, Zivilgesellschaft neu definieren

AG 11: Transparenz aufgrund von Information - welche Informationen brauchen wir Bürger

AG 12: Machtabgabe von Politik und Verwaltung an BürgerInnen

AG 13: Gesundheitsprävention im Alltag

AG 14: Desinteresse des Magistrats an Waldstadt 1

AG 15: Einbeziehung von Nicht-Aktiven

AG 16: Büro für Bürgerbeteiligung – Funktionsweise

AG 17: Bürgerbeteiligungsgesellschaft an EWP

AG 18: Rechtzeitige Bürgereinbeziehung

AG 19: Formen der Bürgerbeteiligung

AG 20: Instrumente der Bürgerbeteiligung

AG 21: Wie weiter mit den Vorschlägen/Ergebnissen

AG 22: Wie miteinander reden

AG 23: Recht auf Stadt – Teil 2

## **Zusammengestellte Themenblöcke**

Die auf der Open Space-Konferenz zur Nachbereitung gebildete Gruppe hat es sich zunächst zur Aufgabe gemacht, die vorliegenden Protokolle zu sichten und zusammenzufassen, so dass eine Arbeitsgrundlage für weitere Veranstaltungen zur Erarbeitung eines Potsdamer Modells der Bürgerbeteiligung entsteht.

Um einen zusammenhängenden Überblick zu ermöglichen, wurden fünf Themenblöcke gebildet, unter denen sich alle Protokolle inhaltlich einordnen lassen:

- (1) Grundsätze der Bürgerbeteiligung,
- (2) Kommunikation in Bürgerbeteiligungsprozessen,
- (3) Verwaltung und Bürgerbeteiligung,
- (4) Büro für Bürgerbeteiligung,
- (5) unterschiedliche konkrete Ansätze.

Diese werden im Folgenden dargestellt und erläutert. Zudem wurde eine Vielzahl an konkreten Vorschlägen gesammelt und soweit möglich zu den jeweiligen Blöcken sortiert. Zusätzliche Themen und Fragen, die nicht unmittelbar zu einem der Blöcke gehören, werden unter (6) einzeln aufgeführt.

## **2.2 Grundsätze**

Ein in vielen Gesprächsrunden wiederkehrendes Thema waren die Grundsätze der Bürgerbeteiligung und welche Voraussetzungen eigentlich gegeben sein müssen, damit Mitbestimmung auf Augenhöhe für alle Beteiligten ermöglicht wird. Dabei wurde auch das Ziel formuliert, ein „Bewusstsein“ für die eigene Stadt zu entwickeln und das Bild des „Aktiven Bürgers“ zu fördern. Bürgerbeteiligung beginnt im direkten Umfeld eines jeden Einwohners, deshalb sollte die Beteiligungskultur auch aktiv in den Stadtteilen gefördert und entwickelt werden. Dabei sind gegenseitiges Vertrauen, eine klare, eindeutige und verständliche Kommunikation und transparente Entscheidungsprozesse die Grundlagen, um die Diskrepanz zwischen Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Stadtpolitik abzubauen. Dabei wurde auch auf die Gemeinsamkeiten und teilweise gleichen Zielsetzungen von Bürgerschaft, Stadtpolitik und Stadtverwaltung hingewiesen und gefordert, die Bürger/innen stärker als die "Experten vor Ort" einzubeziehen. Eine weitere Unterscheidung ist zwischen aktiver und passiver Bürgerbeteiligung zu treffen. Dabei wurde auf die unterschiedliche Bedeutung und Herangehensweise bei der Bürgerbeteiligung von unten (bottom-up), z.B. durch Bürgerinitiativen und Vereine, und die Bürgerbeteiligung von oben (top-down) durch die Verwaltung, z.B. durch Bürgerbefragungen, Werkstattverfahren und andere Instrumente, hingewiesen.

**Die Grundsätze sind im Weiteren in folgenden Punkten ausgeführt:**

### **Verbindlichkeit**

Die Bürger/innen brauchen die Gewissheit, dass ihre Vorschläge und Beiträge von der Stadtpolitik und Stadtverwaltung Gehör finden und auch ernstgenommen werden. Bürgerbeteiligung als Ergänzung zu den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie braucht demnach eine verbindlich festgelegte Grundlage. Dazu sollte es zunächst einen grundsätzlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geben, der die Verbindlichkeit von Beteiligungsverfahren regelt. Für einzelne Beteiligungsverfahren (z.B. Workshops, Werkstattverfahren, usw.) braucht es einen Handlungsrahmen (z.B. durch Kooperationsvereinbarungen), der beschreibt, welche Einflussmöglichkeiten konkret

bestehen und welche nicht. Eine klare Verbindlichkeit erhöht die Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung.

### **Frühzeitige Einbeziehung**

Eine frühzeitige Einbeziehung der Einwohner/innen fehlt derzeit oftmals, ist jedoch erstrebenswert, damit Entscheidungen zu Fragestellungen gemeinsam erarbeitet werden und nicht im Nachhinein über schon beschlossene Sachverhalte debattiert wird.

### **Informationsbereitstellung**

Um eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können, ist eine umfassende Information über alle Belange zu der jeweiligen Fragestellung unerlässlich. Alle relevanten Informationen sollen daher in einem frühen Stadium bereitgestellt und verständlich aufbereitet werden. Dabei ist auf einen gegenseitigen Informationsfluss zu achten, bei dem auch die Verwaltung und die Politik Kenntnisse über die Diskussion im Beteiligungsverfahren bekommen, die ähnlich verständlich aufbereitet werden müssen. Der Zugang zu Informationen soll ohne Barrieren möglich sein.

### **Kommunikation**

Die Kommunikationsform soll offen, direkt, persönlich und proaktiv/initiativ sein. Die Umgangsformen in Beteiligungsverfahren sollen sachlich und konstruktiv sein. Dabei sollen Vorwürfe vermieden und es soll einander gegenseitig ohne Misstrauen begegnet werden. Verschiedene Sichtweisen auf ein Thema sollen gleichberechtigt behandelt werden. Alle Beteiligten sollen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen, anerkannt und ernst genommen werden.

### **Aktivierung**

Bürgerbeteiligung setzt die Einbeziehung von möglichst vielen Interessierten voraus. Das Ziel muss sein, nicht über, sondern mit den Menschen in den Dialog über ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen zu treten. Dabei sollen alle mitgenommen werden. Je nach Thema, Gruppe der Betroffenen und Fragestellung sind dafür unterschiedliche Herangehensweisen und Ansätze im Verfahren zu überlegen. Die Hindernisse sich einzubringen (mangelnde Zeit, eingeschränkte Mobilität, Sprachhemmnisse, Kenntnisstand) sollen abgebaut werden.

### **Anerkennungskultur**

Die an Beteiligungsverfahren beteiligten Personen aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik sollten eine gemeinsame Kultur der Anerkennung und Wertschätzung entwickeln. So sollte z.B. das Engagement von Mitarbeiter/innen aus der Stadtverwaltung auch innerhalb der Verwaltung Anerkennung finden.

### **Gleichbehandlung**

Alle Bevölkerungsgruppen sollen gleichberechtigt in Beteiligungsverfahren einbezogen werden. Bürgerbeteiligung soll so zur EinwohnerInnen-Beteiligung werden. Eine gleichberechtigte Beteiligung muss darauf abzielen, dass alle EinwohnerInnen der Stadt unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Alter, Sprachfähigkeit die gleichen Chancen haben, sich in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes einzubringen. Dazu müssen die Strukturen der Beteiligung darauf ausgerichtet sein, benachteiligte Gruppen – wie zum Beispiel Jugendliche, SeniorInnen, Nicht-Deutsche-StaatsbürgerInnen etc. – verstärkt einzubeziehen und ihnen den Zugang zu Möglichkeiten der Teilhabe zu erleichtern.

## 2.3 Kommunikation

Auf der Open Space-Konferenz wurde die bisherige mangelhafte Kommunikation durch die Stadtpolitik und Stadtverwaltung kritisiert, die als eine Ursache für Verdruss und Resignation genannt wurde. Die verständliche Vermittlung von Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen durch die Politik und Verwaltung ist für die Bewohner Potsdams nicht wahrnehmbar, deshalb werden klare Worte sowie ein freier Informationszugang für alle Gruppen innerhalb der Bevölkerung gefordert. Das gemeinsame Ziel von allen Beteiligten sind sowohl die Transparenz des Informationsflusses, als auch die nachvollziehbaren Argumentationslinien von politischen und verwaltungsinternen Entscheidungen. Die frühzeitige Beteiligung der Bürger vor und während bestimmter Planungen als „Experten vor Ort“ ist als grundlegend bezeichnet worden, damit ein dauerhaftes gegenseitiges Vertrauen entstehen kann, welches die Möglichkeit bietet, die Perspektive des Anderen wahrzunehmen. Das Verteilen der Verantwortung für die Gestaltung des städtischen Lebens auf viele Schultern schafft die Möglichkeit, die gewünschte Beteiligungskultur entstehen zu lassen.

Während der Gesprächsgruppen auf der Open Space-Konferenz kristallisierten sich ganz konkrete Verbesserungsvorschläge heraus. Als eine schnell umsetzbare Forderung wurden Fragebögen zur Stadtentwicklung und regelmäßige Stadtteilkonferenzen oder Visionsveranstaltungen in den jeweiligen Stadtteilen vorgeschlagen. Ein weiterer Punkt betrifft ganz speziell die Sprache und die Aufbereitung der zur Verfügung stehenden Informationen. Diese sollten möglichst klar und verständlich für die Bevölkerung formuliert und an Informationspunkten in der Stadt bereitgestellt werden. Zudem soll die Webseite der Landeshauptstadt Potsdam verbessert werden, indem Entscheidungsprozesse nachvollziehbar dargestellt werden. Für kurzfristige Nachfragen durch Personen oder Gruppen wird ein „Informationsfreiheitskodex“ für die Mitarbeiter der Verwaltung gefordert, welcher klar regelt, welche Informationen jeder Angestellte ohne Rückfragen bereitstellen darf. Als eine der wenigen politischen Forderungen wurden niedrigere Hürden für Bürgerentscheide und Einwohneranträge gewünscht, um den Weg in politische Entscheidungsprozesse zu erleichtern.

Folgende konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation wurden geäußert.

- Stadtteil-Lotsen als Ansprechpartner/innen für Bürgerbeteiligung
- eine Zeitung mit schriftlichen Informationen, online und offline
- Angebote der Kommunikation in den sechs Sozialräumen der Stadt schaffen  
(Gesprächsrunde, Stadtteilspaziergänge einmal im Jahr, Stadtteilkonferenzen, Werkstätten)
- Schaukästen mit Informationen in den Stadtteilen
- Infostände vor Ort
- Auslage von Fragebögen zur Stadtentwicklung

## **2.4 Verwaltung**

### **Bürgerbeteiligung als grundlegende Verwaltungsaufgabe erkennen**

Die einleitende Frage lautet, ob Bürgerbeteiligung tatsächlich von der Verwaltungsführung erwünscht ist. Aus dieser (gefühlt fehlenden) Grundvoraussetzung ergibt sich eine Art „Ohnmachtsgefühl“ der Bevölkerung. Trotzdem es Bereiche der Verwaltung gibt, in denen unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung bereits gut organisiert werden, spricht – aus Sicht der Teilnehmer/innen – ein anderer Teil der Verwaltung der Bürgerschaft die Kompetenz zur Diskussion bestimmter Sachverhalte ab. Als Herausforderung wird weiterhin vermerkt, dass neue Instrumente der Partizipation zunächst Mehrarbeit bedeuten, obwohl Teile der Verwaltung mit den ihnen übertragenen Aufgaben bereits ausgelastet sind.

#### **Handlungsempfehlung aus den Protokollen:**

Es wird empfohlen, alle Bereiche der Verwaltung – die bereits Erfahrungen bei der Planung von Bürgerbeteiligungsprozessen besitzen – in die Konzeptionierung einzubeziehen. Wichtig ist hierbei eine strukturierte Vorgehensweise, damit sinnvolle Entscheidungen getroffen werden. Daneben werden regelmäßige Workshops für Verwaltungsmitarbeiter empfohlen, bei denen unterschiedlichste Formen der Bürgerbeteiligung vermittelt und diese als interdisziplinäre Dienstleistung verinnerlicht werden. Für die Bürgerschaft ist es wichtig, feste Ansprechpartner zu erhalten, die die Kompetenz der Bürgerschaft schätzen und gemeinsam lösungsorientierte Vorschläge mit der Verwaltung suchen. Ziel ist es, dass sich die Verwaltung gegenüber der Einwohnerschaft weiter öffnet und Bürgerbeteiligung allen Interessierten Spaß macht.

### **Engagement der Bürgerschaft erkennen und nutzen**

Zunächst wird die Frage thematisiert, warum Bürger von sich aus aktiv werden und inwiefern diese vorhandene „Aktivierung von innen heraus“ langfristig gefördert werden kann. Grundsätzlich wird festgestellt, dass die Bürgerschaft sich beteiligen möchte, sobald eine (echte) Möglichkeit besteht. Hierbei wird auf die Gefahr eines „Teufelskreises der Resignation“ verwiesen, wenn im Rahmen der Beteiligung eigentlich keine

Handlungsspielräume mehr bestehen. Eine Beteiligung von zehn Prozent der Bürgerschaft sei „Makulatur“ und damit unzureichend.

Handlungsempfehlung aus den Protokollen:

Grundsätzlich sollte der Zugang zu vorhandenen Projekten und Partizipationsformen (Einwohnerantrag, Maerker etc.) erleichtert werden. Daneben müssen mehr Informationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und dabei umfassend Meinungen der Bürgerschaft eingeholt werden. Dies sollte neben moderierten Onlineangeboten und Informationsmaterialien ebenfalls mit Infoständen und Konferenzen vor Ort organisiert werden. Aktive Bürger sollten „abgeholt“ und eine Stärkung des Ehrenamts stattfinden. Handlungsorientierte Maßnahmen in den Stadtteilen dienen dabei der Identifikation und wirken Anonymität entgegen. Sowohl Verwaltungsmitarbeiter als auch bereits engagierte Bürgerinnen und Bürger sollten interessierte Einwohner an die Hand nehmen und gemeinsam (für kleine und große Aufgaben) Verantwortung übernehmen.

**Informationenangebote ausbauen und Zugang verbessern**

Die Bereitstellung und Präsentation von Informationen und Daten wird als unzureichend beklagt. Es werden mehr und anwendungsfreundlichere Informationsmöglichkeiten gewünscht sowie offene Datenschnittstellen, mit dem Ziel, mehr Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten zu bieten.

Handlungsempfehlung aus den Protokollen:

Unter anderem wird die Bereitstellung offener Haushaltsdaten, ihre leserfreundliche Darstellung und eine übersichtlichere Strukturierung der Webseiten vorgeschlagen (u.a. [www.potsdam.de](http://www.potsdam.de) und StVV-Online) sowie auf die Notwendigkeit des barrierefreien Zugangs verwiesen. Grundsätzlich sollten alle Informationen und Daten proaktiv und zeitnah von der Verwaltungsseite veröffentlicht sowie in einem offenen und maschinenlesbaren Format bereitgestellt werden.

## **Bürgerbeteiligung vor Ort als ersten Schritt von Planungen definieren**

Als Problem wird beschrieben, dass Bürgerbeteiligung häufig erst mit einem „Negativerlebnis“ beginne. Hierbei wird bemängelt, dass zu einem so späten Zeitpunkt bereits unveränderbare Vorentscheidungen von der Verwaltung getroffen wurden, die ein echtes Eingehen auf die Wünsche und Vorstellungen der Bürgerschaft häufig verhindern. Probleme sollten frühzeitig thematisiert werden und zwar dort, wo sie entstanden sind. Hierzu werden Gemeinschaftsräume in den Stadtteilen vermisst.

### Handlungsempfehlung aus den Protokollen:

Es wird empfohlen, in regelmäßigen Abständen regionale und gesamtstädtische Konferenzen, Werkstätten und Workshops zu organisieren. Diese sollten in Zusammenarbeit der Verwaltung mit (betroffenen) Einwohnern (von innen heraus) vorbereitet und durchgeführt werden. Alljährliche gemeinsame Vororttermine sind dabei unverzichtbar, da eine erlebbare Beteiligungskultur in den Stadtteilen beginnt.

## **Machtabgabe durch offenen Dialog auf Augenhöhe**

Eingehend wird vermerkt, dass die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung einen hohen Bildungs- und sozialen Standard voraussetzen und damit die Gefahr besteht, bestimmte Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Diskussionen werden häufig emotional geführt und „Totschlagargumente“ zum Durchsetzen oder Abweisen von Projekten / Bürgeranliegen angeführt. Daraus ergibt sich häufig ein Misstrauen gegen demokratische Elemente der Bürgerbeteiligung. Ziel sei es, dem „Konflikt Bürgerschaft vs. Verwaltung vs. Politik“ aktiv entgegenzuwirken. Trotzdem wird darauf verwiesen, dass eine „Machabgabe nicht ohne Verantwortungsübernahme“ möglich sei.

### Handlungsempfehlung aus den Protokollen:

Ziel ist es, Demokratie für jeden erlebbar zu machen. Grundlegend sollte verdeutlicht werden, dass Mitsprache immer mit dem „eigenen Schritt“ beginnt (aktiv). Partizipationsprojekte sollten „raus aus der Meckerecke“ und ihren Fokus auf eine sach- und zielorientierte Diskussion richten. Fragen nach Verantwortlichkeiten können nicht mit „Die Verwaltung“ oder „Die Politik“ beantwortet werden.

(Multikulturelle) Gleichberechtigung muss großgeschrieben werden. Initiatoren von Beteiligungsbegehren sowie Initiativen sollten sich vorurteilsfrei vor der Stadtverordnetenversammlung erklären können (Rederecht). Machtabgabe (besser: Machtverteilung) ist durch Verbindlichkeit im gemeinsamen Umgang zu erreichen.

### **Gemeinsam ein Konzept zur Zusammenarbeit erarbeiten und weiterentwickeln**

Häufig werden viele Partikularinteressen in Beteiligungsverfahren angesprochen, doch nur die "lautesten Schreihälse" finden Berücksichtigung. Es ist wichtig Leitlinien festzulegen, die die Anliegen aller (möglichst auch der nicht regelmäßig Aktiv-Beteiligten) berücksichtigen. Ein Ausgleich unterschiedlichster Interessen sei dabei Grundvoraussetzung.

#### Handlungsempfehlung aus den Protokollen:

Konkrete Leitlinien der Zusammenarbeit sind gemeinsam zu entwickeln. Dafür werden dezentrale Veranstaltungsorte favorisiert. Anhand von Kooperationsvereinbarungen mit quartiersbezogenen Gremien sollte sichergestellt werden, dass Ansprechpartner in allen Stadtteilen zur Verfügung stehen und ein Ausgleich der unterschiedlichsten Interessenlagen berücksichtigt wird. Die Evaluation der Zusammenarbeit muss sichergestellt und für die gemeinsame Weiterentwicklung genutzt werden.

## **2.5 Büro für Bürgerbeteiligung**

Die Idee zur Einrichtung eines Büros für Bürgerbeteiligung wurde sehr kontrovers, aber auch konstruktiv diskutiert. Dabei wurden die örtliche und inhaltliche Anbindung des Büros diskutiert. Etwa in der Frage, ob das Büro räumlich innerhalb der Stadtverwaltung oder dezentral in den Stadtteilen angesiedelt werden soll. Oder ob inhaltlich die Stadtverwaltung oder freie Träger verantwortlich sein sollen. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass kein Stadtteil vernachlässigt werden darf. Zusammenfassend wurde festgehalten, dass Bürgerbeteiligung durch das Büro nicht generell organisiert, sondern vielmehr begleitet, erleichtert und gefördert werden sollte. Die Funktion als Servicestelle / Verbindungsbüro für Bürger, Stadtverwaltung und Stadtpolitik wurde hervorgehoben.

Als Aufgaben eines solchen Büros für Bürgerbeteiligung wurden benannt:

- die Recherche, Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen,
- die Herstellung von Kontakten zur Verwaltung bzw. zu Bürgerinitiativen,
- die Beratung und Begleitung von Bürgerbeteiligungsprozessen,
- die Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen (wie etwa dem Seniorenbeirat, dem Stadtjugendring, dem Behindertenbeirat usw.),
- die Vermittlung von Mediator/innen oder Moderator/innen,
- die regelmäßige Ausrichtung von Bürger/innen bzw. Einwohner/innen-Versammlungen (etwa zur Unterstützung des Bürgerhaushalts) ,
- die Verwaltung von Projekt- und Stadtteilfonds.

Durch ein eigenes Budget soll die Möglichkeit geschaffen werden, unabhängig gestalterisch tätig zu werden bzw. auch externe Partner (Moderatoren, Mentoren, Fachkräfte) zu gewinnen, um Konflikte zwischen politischen Zielen, der Umsetzung eines Projektes durch die Verwaltung und der Erwartungshaltung der Bevölkerung zu vermeiden oder zu schlichten.

Zudem wurde eine Begleitung des Büros durch ein aus ehrenamtlichen Bürger/innen besetztes Gremium genannt. Zudem wurde der Aufbau eines unterstützenden Netzes von ehrenamtlichen bzw. teilfinanzierten Partner/innen angeregt.

Dieser breite Aufgabenbereich erfordert nach Ansicht der Teilnehmer der Open Space-Konferenz einen Grundlagenbeschluss der StVV, der die Handlungskompetenzen und die erforderlichen Rechte und Pflichten des Büros beinhaltet. Nur auf diesem Weg kann gewährleistet werden, dass eine rechtliche Grundlage besteht, die die Kernaufgabe des Büros betrifft, die Informationsbeschaffung aus der Verwaltung heraus sowie die

Möglichkeit Handlungsempfehlungen in die Stadtverwaltung und die Stadtpolitik einzubringen.

Handlungsempfehlung der Nachbereitungsgruppe:

Die Forderungen hinsichtlich des Büros für Bürgerbeteiligung sind sehr konkret formuliert worden und bieten aus Sicht der Nachbereitungsgruppe bereits eine gute Basis für eine zeitnahe Umsetzung. Zur Vorbereitung sollte jedoch in mindestens einer gemeinsam von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft besuchten Veranstaltung eine genaue Struktur verabredet werden, welche dann in Form eines Beschlussantrages (durch den OBM) in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

Die Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung in Potsdam“ hat auf Grundlage der Protokolle des Open Space ein Strukturmodell für das Büro für Bürgerbeteiligung erarbeitet. Sie finden es unter: [www.buergerbeteiligung-potsdam.de/bfb.pdf](http://www.buergerbeteiligung-potsdam.de/bfb.pdf)

## 2.6 Recht auf Stadt

Ein entscheidendes Thema der Open Space-Konferenz war das „Recht auf Stadt“ (siehe dazu die Protokolle 2 und 23).

Dieser Slogan geht zurück auf den 1991 verstorbenen französischen Soziologen Henri Lefèvre und ergibt sich aus seinen zahlreichen Schriften, welche insbesondere den modernen Diskurs der räumlichen Gerechtigkeit befördern. Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ sind viele aktuelle Probleme der modernen Stadtentwicklung zusammengefasst, denen gerade Potsdam in besonderer Form ausgesetzt ist. Eine konstruktive und breit angelegte Auseinandersetzung mit der Thematik ist daher unerlässlich. In diesem Zusammenhang ebenfalls wichtige Stichwörter sind Gentrifizierung und Segregation, welche in einer Potsdam gerechten Aufarbeitung des Themas nicht fehlen können.

Dies ist ein eigenständiges Themenfeld, welches zwar Schnittmengen mit Bürgerbeteiligung aufweist, jedoch zu umfangreich ist, um im Rahmen eines Konzeptes zur Bürgerbeteiligung mitbetrachtet zu werden.

Handlungsempfehlung der Nachbereitungsgruppe:

Die Nachbereitungsgruppe empfiehlt zu dieser Thematik eine eigenständige, zeitnahe und für eine breite Teilnehmerschaft ausgelegte Veranstaltungsreihe und die Initierung sowie Aufrechterhaltung einer stadtweiten Dialoges zum Thema.

## 2.7 Zusätzliche Themen und Fragen

Bürgerhaushalt weiterentwickeln (Lösungsorientierung / Budgets)

Eingehend wurde der Umgang von Verwaltung und Politik mit den aktuell wichtigsten Bürgervorschlägen diskutiert. Nachholbedarf bestünde hinsichtlich der sachorientierten Diskussion zu praktischen Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen. Es sollten Veranstaltungen zu konkreten Fragestellungen angeboten werden, so dass gemeinsam Lösungen zur Realisierung erarbeitet werden. Dies sollte zukünftig möglichst früh im Beteiligungsprozess stattfinden.

Weiterhin wurde die Frage des Bürgerhaushalts als Budgetverfahren diskutiert. Neben der Prüfung zur Bereitstellung von einem Prozent der Gelder für freiwillige Leistungen sollte überlegt werden, inwieweit auch Dritte (bspw. GeWoBa oder auch Wohnungsgenossenschaften in den Orts- und Stadtteilen) aktiv werden können, um Bürgervorschläge zu realisieren.

Kommunale Unternehmen und Bürgerbeteiligung: Modell für "Bürgerbeteiligungs-Gesellschaften" entwickeln

Als grundlegend wird zunächst die Frage nach Rendite vs. Gemeinwohl in städtischen Gesellschaften / Unternehmen beschrieben. Im Mittelpunkt steht, inwieweit hier das Interesse der Bürgerschaft vertreten wird. Für eine grundsätzlich transparente Darstellung (u.a. der Preisgestaltung vs. Betriebsgeheimnis / Verträge) sollten möglichst alle Daten öffentlich gemacht werden. Demnach könne der Handlungsspielraum klar abgesteckt

werden. Das Modell einer „Bürgerbeteiligungs-Gesellschaft“ sollte für alle städtischen Unternehmen denkbar sein. Grundlegende Idee ist die Einrichtung eines regelmäßigen offenen Bürgerforums. Es sollten Lösungen / Formen der Beteiligung gefunden werden, die über den (finanziellen) städtischen Anteil (an kommunalen Unternehmen) hinausgehen. Denkbar wäre dabei die Einrichtung eines „Kundenhaushalts“, ähnlich des Bürgerhaushalts oder die Bereitstellung der Gewinne zur Unterstützung von Vereinen.

#### Gedankenspiele: "Erweiterte Wahlen" / "Liquid Democracy"

Zwei Arbeitsgruppen befassten sich mit Instrumenten und Formen der Bürgerbeteiligung. Zunächst wurden jeweils unterschiedlichste Instrumente der Bürgerbeteiligung aufgelistet. Neben in Potsdam bereits etablierten (gesetzlich vorgegebenen und freiwilligen) Verfahren wurden auch Gedankenspiele geäußert, wie sich die Bürgerschaft zukünftig stärker in die Kommunalpolitik einbringen könnte. Theoretisch denkbar wären „erweiterte Wahlen“. Beschrieben wurden dabei (Kommunal-)Wahlen, die – neben der bekannten Wahl von Parteien – auch Abfragen nach Themen (bspw. der Stadtentwicklung) beinhalten. Diese sollten dann grundlegend und verbindlich als strategische Ziele für die entsprechende Legislatur gelten. Unter dem Stichpunkt „Liquid Democracy“ wurden ebenfalls Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie diskutiert.

### **3. Ausblick**

Mit der Auswertung der Open Space-Konferenz und der erarbeiteten Ergebnisse wurde ein wichtiger erster Schritt gegangen. Darüber hinaus stehen eine Reihe weiterer Fragen an. Viele Fragen können zudem nicht abschließend diskutiert werden und müssen in steter Diskussion miteinander besprochen werden.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung in Potsdam“ ist die Durchführung von thematischen Veranstaltungen im Rahmen einer Reihe zur Bürgerbeteiligung, die wiederum aus einer Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Bürgerschaft organisiert werden sollte. Dabei sollen die positiven Erfahrungen der Open Space-Konferenz als Grundlage für die Ausgestaltung weiterer Veranstaltungen dienen.